

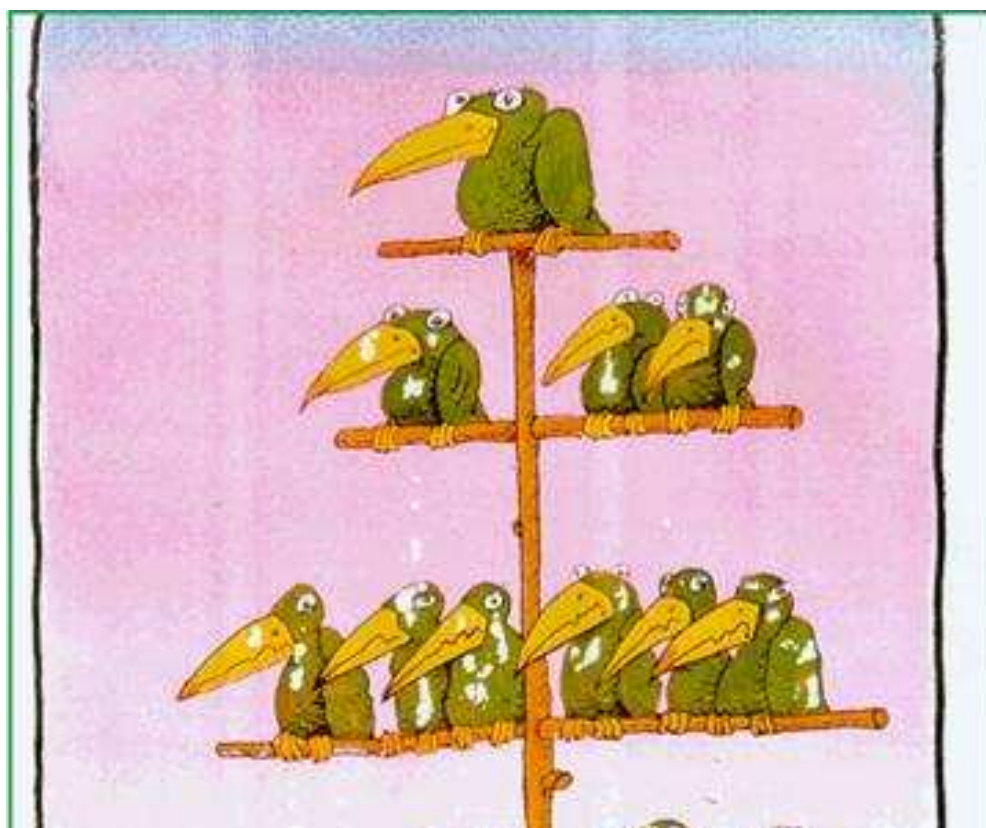
14.02.
JHV

Herausgeber: Stadtverband Gelsenkirchen der GEW

GE W 144

Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen und Gladbeck
2008

Januar



Kleiner Trost für die Angeschissenen ganz unten:





Karl-Heinz

Auf ein Wort

Im letzten Jahr ging es **Schlag** auf **Schlag**, mit dem Abbau der Mitbestimmung, mit dem Abbau von Demokratie an den Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, speziell in der Schule.

Vorarbeit hatte der Landesrechnungshof mit seinem Spar**vorschlag** geleistet, und zwar noch unter Führung der

alten

Landesregierung. Die Regierung Wolf / Rüttgers nahm diesen **Vorschlag** auf und schaffte es, innerhalb von 1 ½ Jahren eine Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes durch den Landtag zu peitschen. Was übrig blieb war nur noch ein Torso des alten Personalvertretungsgesetzes. Der Mitbestimmungskatalog wurde bis zur Unkenntlichkeit ausgedünnt. So wurde die Gruppe der Schulleiter aus fast allen personellen Mitbestimmungsbereichen rausgedrückt.

In den Schulen wurde für die Schulform Hauptschule und für die Förderschulen die örtliche Mitbestimmung **zerschlagen**. Personalräte wurden generell verkleinert, der Freistellungsanspruch für einzelne Personalratsmitglieder drastisch gekürzt. 160 Stellen wurden so alleine im Schulbereich eingespart, dabei wurde bei Lehrpersonalräten durch einen zusätzlichen Stellen**abschlag** besonders **zugeschlagen**.

Seit dem 17. Oktober 2007 ist dieser Gesetzestorso nun in Kraft und schon ist der nächste **Schlag** zu vermelden: „**Bürokratieabbaugesetz II**“. Hier wird den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, speziell den Beamten, ein weiteres Rechtsinstrument aus den Händen **geschlagen**. Gegen die Verwaltungsakte, die sie betreffen (z.B. Versetzungen, Abordnungen, Umsetzungen, Ablehnungen von diversen Anträgen usw.), haben sie nicht mehr die Möglichkeit einen Widerspruch einzulegen, sondern müssen direkt den Weg zum Verwaltungsgericht nehmen und dabei in Vorkasse treten. Entbürokratisierung nennt die Landesregierung dies. Und schon folgte der nächste **Schlag**: Im Bezirk Münster wurden Schulleiter ermächtigt, als Dienstvorgesetzte Abordnungen von Lehrerinnen und Lehrern für die Dauer eines ganzen Schuljahres vorzunehmen.

Mitbestimmung durch die Personalräte? Denkste!

Möglichkeit des Widerspruchs? Denkste!

Es gibt keine Kontrolle mehr, und wo es keine Kontrolle gibt, besteht die Gefahr, dass Willkür um sich greift.

Nein, Herr Rüttgers, so schafft man keine Aufbruchstimmung, die unsere Schule, die unsere Gesellschaft braucht. So schafft man Resignation und eine Dienst-nach-Vorschrift-Mentalität.

Wir wissen nicht, welches der nächste **Schlag** ist, aber eines ist ganz sicher, spätestens 2010, bei den Landtagswahlen, haben wir die Chance zu einem Befreiung**sschlag**. Die Landesregierung sollte mit Rücks**chlägen** rechnen.

Karl-Heinz Mrosek

Drogen auf der Klassenfahrt

Bei einer Klassenfahrt einer 10. Klasse stellten die begleitenden Lehrer fest, dass die Schüler 20 Flaschen mit Apfelschorle offensichtlich mit Wodka gemischt zum Verzehr bereithielten. Daneben wurde in zwei Kleinbildfilm Dosen Marihuana vorgefunden. Die Schüler wurden bis zum Ende der Abschlussfahrt bei den Klassen belassen. Die zuständige Konferenz beschloss die Überweisung der Schüler an eine andere Schule.

Das Verwaltungsgericht Osnabrück hat mit Beschluss vom 09.05.2005, Az.: 1 B 26/05 die aufschiebende Wirkung des gegen die Überweisung an eine andere Schule erhobenen Widerspruchs wiederhergestellt: Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Schüler sich kurz vor dem Schulabschluss befinden. Bei der Bewertung der Verfehlung ist von einer groben Pflichtwidrigkeit auszugehen. Von einer Unzumutbarkeit der weiteren gemeinsamen Beschulung kann aber nicht die Rede sein; sie stünde im Widerspruch zum tatsächlichen Verhalten der Schule, die es nicht für erforderlich gehalten hat, die Betroffenen nach Aufdeckung der Verfehlung von der weiteren Durchführung der Abschlussfahrt fernzuhalten.

**Rechenschaftsbericht des GEW-Stadtverbandes
Gelsenkirchen**

Berichtszeitraum 01.03.2006 bis 01.01.2007

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am 28. Februar 2007 statt. Auf dieser Veranstaltung hatten wir uns auseinandergesetzt mit möglichen Antworten unserer Gewerkschaft auf die politische Entwicklung im Bund und Land

Im Berichtszeitraum fanden 7 Vorstandssitzungen statt. Auf diesen Vorstandssitzungen wurden folgende Themen behandelt:

- Arbeitsplanung für das neue Jahr
- Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und Auswirkungen auf die örtliche Arbeit der GEW
- Umstrukturierung der Stadtverbandsgeschäftsstelle
- Personelle Änderungen in der Geschäftsstelle
- Vor- und Nachbereitung des Gewerkschaftstages in Bochum
 Einbringen eines Antrages des Stadtverbandes zum Thema „Umgang mit Islamismus“
 Arbeit der AG „Masterplan Bildung Ruhrgebiet“
- Vorüberlegungen zum Personalratswahlkampf 2008
- Durchführung eines Theaterabends mit Ehrung von Jubilaren und Pensionären
- Schulstrukturdebatte und Schulentwicklungsplan Sek.I
- Satzungsänderung
- Vorbereitung Rechenschaftsbericht
- Wiederwahl Dr. Beck
- MSV Initiative Zukunftsberuf Lehrer

Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

- Vorträge von und Diskussion mit Serap Cileli am 30.08.2007 zum Selbstbestimmungsrecht für Frauen aus dem islamischen Kulturkreis
- Vorstellung der GEW in den Seminaren
- Vorstellen des Einstellungsverfahrens in den Seminaren
- Bewerbertraining mit Lehramtsanwärtern

Die GEW Gelsenkirchen beteiligte sich an folgenden Demonstrationen:

- „Stoppt die Taschendiebe“ (23.03.2006 in Düsseldorf)
- Diverse Demonstrationen und Kundgebungen zum Thema „Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes
- Demonstration zum 1. Mai
- Vorbereitung der Personalratswahlen

Es folgten diverse Pressemitteilungen

Druck von GE – W 143 und GE – W 144

Unterstützung der Wiederwahl von Dr. Manfred Beck zum Schul- und Kulturdezernenten.

Karl-Heinz Mrosek

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort.....	2
Drogen auf der Klassenfahrt.....	2
Rechenschaftsbericht des GEW Stadtverbandes	3
Projekt „Kinderarmut/Masterplan Bildung Ruhrgebiet	4
Einladung zur Jahreshauptversammlung	5
Landespersonalvertretungsgesetz	6
Pressemitteilung: GEW unterstützt Wiederwahl von Dr. Beck.....	7
Die Schulstrukturdebatte und Schulentwicklungsplan	7

Projekt „Kinderarmut/Masterplan Bildung Ruhrgebiet“

Tätigkeitsbericht 2007 für die Vorstände der GEW-Untergliederungen im Ruhrgebiet



Der Beginn des neuen Jahres ist ein guter Termin, um Euch – unsere Partner im „Verbund GEW im Ruhrgebiet“ – kurz und knapp auf den neusten Stand im Hinblick auf das Vorhaben „Bildungsof-

jenitive Ruhrgebiet 2020 zu bringen.

Wir konzentrieren uns auf „Bildung von null bis zehn“ als Bestandteil einer „nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung“. Praktikabel und finanzierbar wird unser Gestaltungsvorschlag durch Fördermittel der Europäischen Union. Trotz kommunaler Nothaushalte (s.u.) gibt es hier Spielräume – bei entsprechendem politischem Willen: Frühförderung wird im Ruhrgebiet Querschnittsaufgabe aller Politik- und Verwaltungsebenen

- mit einem raumübergreifenden Gesamtkonzept
- in kontinuierlicher und weit blickender Zusammenarbeit aller Akteure.

Verbund

Das Projekt wird inzwischen von fast allen GEW-Untergliederungen des Reviers getragen. Auch die finanzielle Unterstützung ist beachtlich; sobald die Kassenprüfer tätig waren, erhaltet Ihr den Kassenbericht.

Netzwerkarbeit

Es hat zahlreiche Gesprächskontakte mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Verbänden, wissenschaftlichen Instituten, ... gegeben. Die Reaktionen auf unsere Zielsetzungen und Umsetzungsschritte sind durchweg positiv und zustimmend bis hin zur konkreten Unterstützung (siehe unten).

Kinderarmut

Im Gegensatz zu unserem ersten Anlauf 1999 bis 2002 ist Kinderarmut als skandalöser Tatbestand fast allgegenwärtiges Thema.

Unsere Einschätzung: Die vordergründigen Erscheinungsformen wie Hunger und mangelhafte Schulausstattung werden vereinzelt und unzulänglich lediglich lokal bekämpft. Darüber hinaus fehlt bisher, abgesehen von wohlfeilen Absichtserklärungen, das überzeugende und nachhaltige Landes- oder Bundesprogramm.

Nimmt man die tiefergehenden Aspekte von Kinderarmut wie z.B. anregungsarme, ausgrenzende Umgebung, fehlende Kommunikation oder die ungesunde Koppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in unserem Land in den Blick, so sind diese Zusammenhänge und ihre äußerst negativen Langzeitfolgen nur den Fachleuten geläufig. Übrigens wurde das Thema in der GEW-Bundeszeitung e&w 12/2007 anschaulich und drastisch dargestellt.

Projektgemeinschaft für eine

Bildungsagentur

Unser zentrales Anliegen während des vergangenen Jahres war das Bemühen um die Gründung einer Bildungsagentur für das Ruhrgebiet. Diese soll als Unterstützungssystem - zunächst für den Elementar- und Primarbereich – für Praktiker sowie für Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung tätig und wirksam werden.

Es ist uns inzwischen gelungen, eine namhafte Expertengruppe zu gewinnen, die gewillt ist, eine solche Bildungsagentur zu betreiben. Im Einzelnen sind dies

- IAQ (Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Essen-Duisburg) mit Dr. Sybille Stoebe-Blossey, Karin Altgeld und Katharina Klaudy für „Erziehung und Strukturwandel“
- TNCT (Trans National Councelling Team, Oberhausen) mit Petra Reif und Stefan van Cassenberg für „Fördermittel der Europäischen Union“
- Zefir (Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung der Ruhr-Universität Bochum) mit Volker Kersting für „Kleinraumforschung und Bildungsmonitoring“

Mitglieder der AG Masterplan Bildung

Karl Keining
GEW Bottrop

Norbert Müller
GEW NRW

Alfons Kunze
GEW Gelsenkirchen

Dr. Brigitte Schumann Gerd Weidemann Lothar Jacksteit

Auch im Hinblick auf die Erschließung von Finanzquellen für die Bildungsagentur gibt es positive und hoffnungsvoll stimmende Ansätze.

Internet-Auftritt

(www.masterplan-bildung-ruhrgebiet.de)

Wir erhalten positive Rückmeldungen, dass die komplexen Informationen vielfältig genutzt werden.

Ausblick

Solltet Ihr über diese kargen Aussagen hinaus detailliertere Informationen wünschen, lasst es uns bitte wissen.

In einem der o.g. e&w-Artikel wird ein Sozialexperte mit den Worten zitiert „Bei Prävention und frühkindlicher Bildung spart jeder eingesetzte Euro unter dem Strich fünf. Das Dumme ist nur: Viele Gemeinden haben den einen Euro nicht.“

Vor diesem Hintergrund möchten wir am Ende des Schreibens noch einige Anregungen/Bitten an die Mitglieder im GEW-Verbund formulieren:

- Bitte prüft, ob das Thema „Kinderarmut“ (bzw. einzelne Aspekte davon) in Eurem Bereich noch einmal wieder öffentlichkeitswirksam angesprochen werden kann, evtl. gemeinsam mit DGB, Kinderschutzbund u.a.
- Vielleicht ist ein Informationsgespräch mit Eurem MdB/MdL sinnvoll und machbar.
- Der Personalratswahlkampf steht bevor. Zumindest für den Grundschulbereich lässt sich mit diesem GEW-Projekt punkten.
- Vielen Dank für die finanzielle Unterstützung in den letzten beiden Jahren. Bitte setzt dieses Engagement, nach den Möglichkeiten Eures Orts-/Stadtverbandes, auch für 2008 fort. (Ein entsprechender Überweisungsträger ist beige-fügt.)

AG Masterplan Bildung

Einladung zur Jahreshauptversammlung mit Grünkohllessen

Donnerstag, 14. Februar 2008

18.00 Uhr

Ort: DGB-Haus der Jugend

Gabelsbergerstraße 12, 45879 Gelsenkirchen

(direkt am Marktplatz/Margarethe-Zingler-Platz)

Wir freuen uns auch über den Besuch von Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied der GEW sind, sowie über die Gladbecker! Im Rahmen der Versammlung werden wir Sie zu Bier und Grünkohl einladen

Tagesordnung:

1. Regularien

Tätigkeitsbericht / Kassenbericht / Entlastung des Kassierers / Satzungsänderung

2. Schulstrukturdebatte vor dem Hintergrund des Schulentwicklungsplanes für die Sekundarstufe in Gelsenkirchen

Referenten: Doro Schäfer, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW

Dr. Manfred Beck, Schul- und Kulturdezernent

3. Anträge und Anfragen der Mitglieder

Landespersonalvertretungsgesetz - massive Verschlechterung in der Mitbestimmung

„Mitbestimmung und Einbeziehung der Arbeitnehmer ist kein Hemmnis, sondern zahlt sich aus“ (Dr. Jürgen Rüttgers, im September 2007 in seinem Buch: Sozialstaat der Zukunft).

Hätte Herr Dr. Rüttgers sein Buch gelesen, wäre er vielleicht darauf gekommen, dass seine theoretischen Ausführungen seinem politischen Handeln diametral gegenüberstehen. In Nordrhein-Westfalen jedenfalls hat er dafür gesorgt, dass die Mitbestimmung erheblich eingeschränkt, für viele Tatbestände ganz abgeschafft wurde. Es ist zwar richtig, dass das LPVG in NRW eines der arbeitnehmerfreundlichsten Gesetze in Deutschland war. Aber zum einen hat dieses fortschrittliche Gesetz der öffentlichen Verwaltung in unserem Bundesland nicht geschadet, zum anderen sollte Herr Dr. Rüttgers, wenn er denn eine umfassende Mitbestimmung als sinnvoll ansieht, froh sein, ein solches Gesetz zu haben. Eine „Modernisierung“ des LPVG durch weitgehende Anpassung an die schlechteren Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes aus den siebziger Jahren ist jedenfalls nicht mit seinen öffentlichen Sprüchen in Einklang zu bringen.

Ist die Änderung des Gesetzes schon schlimm, so ist das Zustandekommen schlicht ein Skandal. Würde ein Schüler im Politikunterricht ein Referat über ein Gesetzgebungsverfahren so schildern wie es bei der LPVG-Änderung abgelaufen ist, die Note 6 wäre ihm sicher, weil jeder Lehrer ihm attestieren würde, dass er die einfachsten Grundregeln der Demokratie nicht verstanden hätte.

Zum besseren Verständnis sei noch einmal der Ablauf kurz dargestellt: Das Landeskabinett hat den Gesetzesentwurf eingebracht, ohne vorher mit den Verbänden und Gewerkschaften gesprochen zu haben, obwohl bereits im Vorfeld viele kritische Äußerungen aus den unterschiedlichsten Bereichen zu verzeichnen waren. Im Landtag kam es dann zu der so genannten Expertenanhörung. Alle Sachver-

ständigen (Gewerkschaften, Personalräte, der Städtetag NRW, der Städte- und Gemeindebund, der Kommunale Arbeitgeberverband, Vertreter des Bundesinnenministeriums und weitere Experten) lehnten die Gesetzesänderungen ab. Doch was schert den Ministerpräsidenten die Meinung von Sachverständigen, wenn sie nicht seiner Meinung sind? Also ging das Gesetz mit marginalen Änderungen, die auf Wunsch der öffentlichen Arbeitgeber vorgenommen wurden, in die Abstimmung.

Dass die Landtagsabgeordneten der SPD und der Grünen gegen die Gesetzesänderungen stimmen würden, war klar. Ebenso klar war, dass die FDP-Abgeordneten für die Verschlechterungen waren, denn die FDP macht ja sehr offen deutlich, dass sie von Arbeitnehmerbeteiligung überhaupt nichts hält. Bei den Abgeordneten der CDU gab es allerdings ein wenig Unruhe, viele von ihnen versuchen ja den Eindruck zu erwecken, dass sie auf der Seite der Beschäftigten stehen würden. Schließlich gibt es ja auch in der CDU eine Arbeitnehmerorganisation, die CDA, die sich im Vorfeld eindeutig gegen die Verschlechterungen der Mitbestimmung ausgesprochen hatte. Doch als es zum Schwur kam, fielen die CDA-Abgeordneten alle um und stimmten für die Veränderungen, die daraufhin so beschlossen wurden. Sechs CDU-Abgeordnete gaben dann noch eine Erklärung ab, dass sie mit der Neufassung des Gesetzes nicht einverstanden wären und nur wegen des Koalitionsfriedens zugestimmt hätten. Da wurde offensichtlich aus Angst um den möglichen Verlust eines gut bezahlten Abgeordnetenmandats die eigene Überzeugung an der Garderobe abgegeben. Soviel zum Lehrstück „Praktisch gelebte Demokratie für Anfänger“.

Ach ja, wie verhielt sich eigentlich der CDA-Vorsitzende, ein gewisser Herr Laumann? Antwort: höchst unauffällig. Natürlich stimmte auch er den Verschlechterungen von Arbeitnehmerrechten zu und tauchte anschließend ab, bis er auf dem ver.di-Bundeskongress wieder Schönwetter machen wollte. Da verstieg er sich zu der Aussage, man

könne doch noch einmal über die Veränderungen sprechen, denn zu einer vernünftigen Arbeit gehöre natürlich auch die Frage der Arbeitnehmerbeteiligung an der Mitbestimmung ohne Wenn und Aber. Eine solche Scheinheiligkeit verblüffte die Delegierten derartig, dass Herr Laumann unter gellenden Pfiffen und Hohngelächter das Podium verlassen musste.

Im Rückblick bleibt festzustellen, dass Gewerkschaften, Personalräte und Beschäftigte einen guten Kampf um den Erhalt von Arbeitnehmerrechten in Nordrhein-Westfalen mit vielen Aktionen, Veranstaltungen und kreativen Ideen geführt haben. Wenn der Kampf trotzdem verloren ging, lag es nicht an fehlendem Einsatz, auch unsere Argumente waren richtig. Es lag ausschließlich an den Mehrheitsverhältnissen im Landtag. Solche Mehrheitsverhältnisse sind glücklicherweise nicht in Stein gehauen, sondern können durch Wahlen verändert werden. Und neue Mehrheiten können dazu führen, dass das LPVG so verändert wird, dass es wieder zu einer echten Mitbestimmung kommt und den Anforderungen eines modernen öffentlichen Dienstes entspricht.

Das Gesetz, auch das ist interessant, tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft. Sowohl die Dienststellen als auch die Personalräte müssen jetzt ganz schnell klären, wie mit dem geänderten LPVG umgegangen wird und welche Auswirkungen die Neufassung für die Arbeit des Personalrates und die Kolleginnen und Kollegen haben wird. Sobald wir für unsere Verwaltung Klarheit erzielt haben, werden wir ausführlich berichten.

Quelle: Tätigkeitsbericht des städtischen Personalrates

Die Schulstrukturen werden sich ändern...

Nach Auffassung der Schwarz-Gelben Landesregierung erscheint alles geregelt. In ihr neues Schulgesetz hat sie die Schulstrukturen der Zukunft hinein formuliert. Danach bleibt alles wie gehabt. Wirklich?

Pressemitteilung:

GEW-Gelsenkirchen unterstützt Wiederwahl von Dr. Manfred Beck zum Schul- und Kulturdezernenten

Sehr geehrte Damen und Herren,

zurzeit beraten die Ratsfraktionen über die Besetzung der Position des Schul- und Kulturdezernenten. Aus Sicht der GEW hat der zurzeit amtierende Dezernent Dr. Manfred Beck in Gelsenkirchen gute Arbeit geleistet. Speziell mit der Vorlage des Schulentwicklungsplanes in der Primarstufe, der auch im Rat durchgesetzt wurde, hat er Richtungsweisendes geleistet.

Im Moment steht die Erarbeitung des Schulentwicklungsplanes für die Sekundarstufen I und II an. Die Gewerkschaft hat hier Vertrauen, dass dieses mit Dr. Manfred Beck gelingen wird.

Es wäre vollkommen unverständlich, wenn man Herrn Dr. Beck auf Kosten des Steuerzahlers in Rente schicken würde, um einen Anderen bzw. eine Andere

Ein Blick auf die künftigen Entwicklungen im Bereich der Sekundarstufe I lehrt. Es wird sich alles ändern. Mithilfe dreier Schlaglichter soll die Brisanz gezeigt werden:

Die Schülerzahlen sinken, ...

Die demografische Entwicklung in Nordrhein-Westfalen wird sich bis 2020 in sinkenden Schülerzahlen niederschlagen. In der Sekundarstufe I wird die Zahl sich von ca. 1,3 Mio. Schülern im Schuljahr 2005/06 auf unter eine Mio. bis zum Schuljahr 2020/21 vermindern. Das ist ein Rückgang um annähernd 23 Prozent. Oder anders gesagt, wo jetzt noch vier Schülerinnen in einer Bankreihe/Tischgruppe sitzen, werden es im Jahre 2020 nur noch drei sein.

Man könnte verleitet sein zu sagen: Für die Schulen scheinen sich paradiesische Verhältnisse anzukündigen, wird doch endlich einmal genug Platz in den Klassenräumen sein.

Nur wird leider nicht zu erwarten sein, dass die Klassenbildungswerte mit den sinkenden Schülerzahlen mithalten werden, so dass deren Rückgang sehr schnell in eine Bestandsgefährdung mancher Schule umschlagen kann. Welche dies sein werden, darüber lassen sich schon jetzt recht verlässliche Prognosen abgeben.

Aber werfen wir zuvor einen Blick darauf, wie der Lehrernachwuchs sich verhält.

der Lehrernachwuchs hat sich längst entschieden ...

Wer einen Blick in die Statistiken wirft, für welche Lehrämter sich derzeit der Lehrernachwuchs ausbilden lässt, wird rasch fündig. Absolute Renner in der Gunst der künftigen Lehrkräfte sind das Lehramt für die Grundschule und die Sekundarstufe I – mit Schwerpunkt für die Grundschule – und andererseits das Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen, nach altem Verständnis also das für die Sekundarstufe II. Auch die 2006 erfolgte Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes mit der Schaffung eines einheitlichen Lehramtes für die Primar- und Sekundarstufe I kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Nachwuchs fürs Lehramt sich entweder für den Einsatz in der Grundschule oder in Schulen mit Sekundarstufe II entscheidet. Für den Einsatz in den Schulformen

Druck:

Firma Blömeke SRS GmbH Einsatz in
Resser Straße 59, 44653 Herne den

Auflage:

3500 Exemplare en

Hauptschule, Realschule und der Sekundarstufe I der Gesamtschule gibt es jetzt schon bei weitem zu wenig Nachwuchs; die Absolventen/-innenzahlen werden auch perspektivisch erheblich hinter den Einstellungsmöglichkeiten zurückbleiben, so dass sich über die Jahre ein gewaltiges Defizit aufbauen wird. Die Perspektive, den Personalzustrom zu den Sek.I-Schulformen über „Verschiebebahnhöfe“ zu sichern, wird sich zudem als immer weniger tragfähig erweisen. Weder die Beschäftigung von Nicht-Pädagogen (mittels OVP-B) noch die Umlenkung von Lehrkräften aus der Primar- in die Sekundarstufe I werden mittelfristig das Personalproblem lösen.

Aktuell wird die Problemlage noch dadurch verschärft, dass das Ministerium den Einsatz von Sek.II-Lehrkräften auf Sek.I-Stellen nicht nur nicht zulässt, sondern aktiv verhindert.

Aus der Analyse der Zahlen ergibt sich: Die Schulen der Sekundarstufe I werden sich auf erhebliche Personalnöte einzustellen haben.

...und die Eltern wissen auch, was zählt

Neueste Auswertungen des Schulwahlverhaltens belegen, dass auch die Eltern längst verstanden haben, wie sie im gegebenen System ihren Kindern die Bildungschancen möglichst lange offen halten bzw. möglichst gute Schulabschlüsse sichern können.

Denn vom Schülerrückgang im Sek.I-Bereich sind nicht etwa alle Schulformen in gleicher Weise be-

troffen, sondern der Rückgang der Anmeldungen konzentriert sich auf die Schulformen Haupt- und Realschule, jeweils zu etwa gleichen Anteilen. Die Gesamtschulen und Gymnasien, also die schulischen Langzeitformen, können ihre Schülerzahlen halten bzw. ausbauen – an den Gymnasien übrigens trotz der Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre. Absehbar ist, dass die Gesamtschulen – da ihre Zahl politisch begrenzt wird – auf mittlere Sicht noch starke Anmeldeüberhänge haben werden, während die Gymnasien in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen bislang jeweils ihre „Haltefähigkeit“ verbessert haben-

So ergibt sich...

Alle Entwicklungen zusammen genommen werden dazu führen, dass im Wesentlichen die Haupt- und viele Realschulen in ihrem Bestand gefährdet sein werden. Den Hochrechnungen zufolge werden von den derzeit 730 Hauptschulen mehr als jede zweite schließen müssen und von den 555 Realschulen etwa zwei von fünf. Bei den Realschulen kann der Schrumpfungsprozess ggfs. auch dazu führen, dass ihre Gesamtzahl zwar in geringerem Umfang sinkt als oben angegeben, sie aber nur noch die Mindestzügigkeit von zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben werden.

Die o.a. Schulformen wie die Schulen geraten damit von drei Seiten unter Druck.

- Die Eltern als Nachfrager setzen auf möglichst „hochwertige“ und möglichst lange offene Bildungsgänge. Abgewählt werden die Schulformen, die traditionell im Anschluss an den 10. Jahrgang in berufliche Ausbildungsgänge einmünden. Die Eltern reagieren damit auch auf die Krise in der beruflichen Bildung, den Abbau von betrieblichen Ausbildungsplätzen
- Der Lehrernachwuchs entscheidet sich immer stärker entweder für den Einsatz im Grundschulbereich oder in der Sekundarstufe II und gegen die Einsatzmöglichkeit an reinen Sek.I-Schulen.
- Und die Schülerzahlen sinken unabhängig von den anderen beiden Prozessen.

Der Rückgang der Schülerzahlen wird dabei innerhalb eines Schulsystems wirksam, das nach dem Willen der Schwarz-Gelben Landesregierung in seiner grundsätzlichen Dreigliedrigkeit gerade gestärkt werden soll.

Die in einem gegliederten System wirksamen und durch die Schuluntersuchungen der letzten Jahre bestätigten Mechanismen werden zudem zur Folge haben, dass die „Bildungsverlierer“, das sind Kinder ohne hinreichende deutsche Sprachkenntnisse

oder aus sozial problematischen familiären Zusammenhängen, sich gehäuft in Haupt- und Realschulen, auch in Gesamtschulen finden werden. Daraus folgt, dass in den folgenden Jahren sich in den verbleibenden Schulen noch eine Problemzuspitzung ergeben wird, wenn eine solchermaßen ausgelesene Schülerschaft sich in den dann kleineren Schulen der Sek.I ballt, deren Zahl aufgrund der demografischen Entwicklung wie als Folge des Schulwahlverhaltens abgenommen hat und ggfs. gegenüber heute eine geringere Schülerzahl haben.

Es ist nicht zu gewagt zu behaupten: Die **Schulformen der Sekundarstufe I** (Hauptschule, Realschule

und einige Gesamtschulen) werden im Zeitraum bis 2020 in eine **existenzielle Krise** geraten.

Die Folgerung und die Forderung an die im Landtag vertretenen Parteien kann nur lauten: Es bedarf rasch klarer und wegweisender politischer Entscheidungen über die künftige Schulstruktur in der Sekundarstufe I, bevor das System – dem Wildwuchs überlassen – in sich zusammenbricht. Die Schulstrukturen in Nordrhein-Westfalen werden sich ändern – müssen.

Dietrich Brauer
GEW-NW – Ref. C

Am 28.11.2007 führte die Redaktion dieser Stadtverbandszeitung ein Gespräch mit dem Schul- und Kulturdezernenten der Stadt Gelsenkirchen, Herrn Dr. Manfred Beck. Hintergrund war der Schulentwicklungsplan der Stadt Gelsenkirchen für die Sekundarstufe.

RED: Herr Dr. Beck, wie alle anderen Gemeinden im Lande ist auch die Stadt Gelsenkirchen verpflichtet, für den Sekundarbereich einen Schulentwicklungsplan vorzulegen. Wie stellt sich für die Stadt Gelsenkirchen die Ausgangslage dar?

Dr. B.: **Selbstverständlich ist auch für die Stadt Gelsenkirchen das Schulgesetz des Landes NRW bindend. Das bedeutet, dass auch wir nach § 80 dieses Gesetzes Schulentwicklungsplanung durchzuführen haben. Darüber hinaus zwingen uns die Erfordernisse der kommunalen Daseinsvorsorge dazu, den politischen Gremien in gewissen Abständen eine Grundlage für Infrastrukturentscheidungen zu liefern.**

Wichtig ist, dass kommunale Schulentwicklungsplanung nicht überinterpretiert wird. Sie stellt keine bildungspolitische Weichenstellung dar, sondern macht entsprechend der Aufgabenteilung Kommune/Land Aussagen über den erforderlichen Ressourceneinsatz der Stadt Gelsenkirchen.

Unsere Vorschläge müssen den Vorgaben des Schulgesetzes NRW sowie der demografischen Entwicklung, aber auch den pädagogischen Erfordernissen in einer Stadt mit Strukturproblemen Rechnung tragen. Nach der abgeschlossenen Schulentwicklungsplanung für die Primarstufe sind nun dringend die anderen Schulformen an der Reihe.

RED: Welche Gestaltungsräume sehen Sie als Schuldezernent für die Stadt Gelsenkirchen angesichts der rigiden Gesetzeslage und der Notwendigkeit, aufgrund der demografischen Entwicklung in unserer Stadt das Schulangebot zu gestalten?

Dr. B.: *Die Gestaltungsspielräume der Schulträger sind in der Tat gering. Ich hatte die Hoffnung, dass die Landesregierung angesichts des PISA-Drucks etwas experimentierfreudiger und kommunalfreundlicher würde und z.B. in Horstmar/Schöppingen den Modellversuch einer Sekundarschule – dort ja von CDU-Mehrheiten gewollt - zulassen würde. Das ist nun leider nicht so.*

Der Schulträger muss sich bei der Schulentwicklungsplanung also sehr eng an den vom Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten orientieren. Als Neuerung wird in Gelsenkirchen also allenfalls an Verbünde aus Real- und Hauptschulen zu denken sein. Denkbar wäre auch, im Stadtsüden, ähnlich wie in Buer, ein Oberstufenzentrum einzurichten, das formal als gymnasiale Oberstufe der Gesamtschule Ückendorf laufen könnte.

Ansonsten stellt sich das Problem ähnlich wie in der Primarstufe: Es wird um die Frage gehen, ob man auf Schulstandorte verzichtet, um andere besser ausstatten zu können, also um die Frage „Masse oder Klasse“.

RED: Zur demografischen Entwicklung in unserer Stadt gehört auch, dass die Anzahl von Migrantenkinder in der Anzahl der Schülerinnen und Schüler steigt, dass diese Schülergruppe jedoch beim Erwerb höherer Bildungsabschlüsse unterrepräsentiert ist. Wie kann die Stadt als Schulträger hierauf bei der Schulentwicklungsplanung Einfluss nehmen?

Dr. B.: *Ich würde das Problem zunächst etwas weiter fassen: Egal aus welchem Bevölkerungsteil, ist der Prozentsatz jener, die die Hochschulreife erwerben in Gelsenkirchen zu gering. Allerdings sind innerhalb dieses insgesamt zu kleinen Anteils die Kinder aus Migrantenfamilien unterrepräsentiert. Es geht also um breit angelegte Förderung mit einem speziellen Fokus auf Kinder aus Migrantenfamilien.*

Die Schulentwicklungsplanung bietet wenig Ansatzpunkte zum Gegensteuern, wenn man davon absieht, dass wir uns intensiv um Schulen mit extrem hohen Migrantenteil kümmern müssen.

Ich sehe leider keinen schnellen Weg aus dem Problem, verspreche mir aber mittelfristig Erfolg von unserem Ansatz des lebensbegleitenden Lernens von Anfang an, der besonders die Bedürfnisse von Migrantenkinder berücksichtigt. Ich meine damit die frühe Familienförderung in Gelsenkirchen, unsere Elternschule, die interkulturellen Fachkräfte und Qualitätskontrolle auf hohem Niveau in unseren Kindertageseinrichtungen, die Sprachfördermaßnahmen inklusive der Feriensprachcamps und schließlich die gezielte Förderung von Migrantenkinder in der Sekundarstufe, die zur Zeit von der Stiftung Mercator finanziert wird. Diese Angebote müssen unabhängig von der Schulentwicklungsplanung ausgebaut werden. Wir gehören zu den wenigen Kommunen, die nicht nur ein

kommunales Integrationskonzept erstellt haben, sondern ein eigenständiges Integrationskonzept für den Bildungsbereich.

RED: Wer wird den Schulentwicklungsplan erstellen, und welche Planungsvorgaben wird es geben?

Dr. B.: *Im Gegensatz zum Schulentwicklungsplan für die Primarstufe wird die Verwaltung in Abstimmung mit den politischen Gremien externe Unterstützung in Anspruch nehmen. Aufgrund des Ergebnisses von Preisabfragen, die wir bei Instituten durchgeführt haben, die uns der Städtetag Nordrhein-Westfalen empfohlen hatte, haben wir die „Projektgruppe Bildung und Region“ aus Bonn beauftragt. Die Referenzen der Projektgruppe sind gut, eine davon aus der unmittelbaren Nachbarschaft, nämlich der Stadt Marl.*

Meine Mitarbeiter/innen und ich werden wie bei der Schulentwicklungsplanung Primarstufe gewährleisten, dass die Planung im Diskurs mit allen beteiligten Gruppen durchgeführt wird. Eckpunkte für die Planung haben wir im Ausschuss für Bildung bereits vorgestellt. Im Januar wird ein erstes Gespräch mit der Projektgruppe stattfinden, in dem der Auftrag präzisiert wird.

RED: Was wünschen Sie sich? Wie sollte die Schullandschaft in Gelsenkirchen in 10 Jahren aussehen?

Dr. B.: *Für die unmittelbar anstehende Schulentwicklungsplanung wünsche ich mir, dass sie nicht als vorgezogenes Spielfeld für die Kommunal- und die Landtagswahl herhalten muss. Ich wünsche mir einen Entwurf der in einem sachlich geführten Abwägungsprozess entsteht und als Ganzes im Stadtrat eine breite Mehrheit findet.*

Mittelfristig wünsche ich mir für Gelsenkirchen, dass der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg unserer Kinder geknackt wird. Das erfordert Lernbedingungen, die jedem Einzelnen optimal gerecht werden. Ich verhehle dabei nicht, dass ich es als enorm hilfreich empfinden würde, wenn das Land Nordrhein-Westfalen vom fünfgliedrigen System (Haupt- und Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Förderschulen) abrücker würde.

Als Verantwortlicher für eine kommunale Schulverwaltung ist für mich aber der landesgesetzlich vorgegebene Rahmen verbindlich. Meine Aufgabe besteht darin, innerhalb dieses Rahmens dazu beizutragen, dass die in Gelsenkirchen vorhandenen Schulen bestmöglich arbeiten können.

Ich bin allerdings ein vehementer Verfechter einer Ausweitung des kommunalen Einflusses auf das Funktionieren von Schulen. Das beinhaltet auch die Möglichkeit, den lokalen Gegebenheiten entsprechend eine Schullandschaft zu gestalten. Ich weiß mich da einig mit vielen Kollegen/innen unterschiedlicher politischer Couleur, was z.B. in der „Aachener Erklärung“ zum Ausdruck kommt, die im November auf dem Bildungskongress des Deutschen Städtetags vor rund 1000 Teilnehmern/innen vorgestellt wurde.

RED: Herr Dr. Beck, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Aachener Erklärung „Bildung in der Stadt!“

Die Ergebnisse internationaler Studien haben neben Qualitätsmängeln auch eine hohe Selektionswirkung des deutschen Bildungssystems offen gelegt. (...) Beide Befunde – Qualitätsmängel und Selektion – sind für Deutschland mit seinem Anspruch auf demokratische Teilhabe und Chancengleichheit sowie mit seiner leistungsfähigen Wirtschaft nicht hinnehmbar.

Die in den Ländern eingeleiteten Reformen in Schule und Bildung gehen in die richtige Richtung. (...) Gleichwohl darf ein ganzheitliches Bildungsverständnis als Grundlage aller Reformbemühungen nicht aus dem Blick geraten. (...) Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in

Personalratswahlen 2008 Geänderte Personalrätestruktur

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Sie sicherlich wissen, hat der Landtag im Oktober 2007 dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes zugestimmt.

Seit November arbeiten die Personalräte mit diesem geänderten Gesetz.

Teilweise sind Mitbestimmungstatbestände aus der Mitbestimmung herausgenommen worden, teilweise sind Beschäftigte wie z.B. die Schulleiter, aus dem Schutz des Mitbestimmungsgesetzes ausgegliedert worden und teilweise hat man die Bearbeitungsfristen, die der Personalrat zur Verfügung hatte, verkürzt. Auch die Personalrätestruktur wurde verändert.

Diese veränderte Struktur wird jedoch erst nach den Neuwahlen im Juni in Erscheinung treten. Besonders betroffen sind davon die Schulform Hauptschule und die Schulform Förderschule. Gab es bislang einen örtlichen Personalrat Grund- **und** Hauptschulen wird es nur noch einen örtlichen Personalrat Grundschulen geben. Die Personalvertretung der Hauptschulen beginnt dann mit einem eigenen Bezirkspersonalrat auf der Bezirksebene in Münster. Im Förderschulbereich ist es ähnlich. Der örtliche Personalrat Förderschulen fällt weg. Seine Arbeit soll von dem bereits existierenden Bezirkspersonalrat Förderschulen mit übernommen werden.

Jede dieser Schulformen wird also dann mit einem eigenen Bezirkspersonalrat und einem eigenen Hauptpersonalrat vertreten sein. Auch in den Schulformen, in denen sich die Personalrätestruktur nicht ändert, gibt es Veränderungen. Die Anzahl der Freistellungen für Personalratsmitglieder wird drastisch gekürzt. Ein Drittel dieser Stellen, insgesamt 150, werden im Schulbereich eingespart. Dabei werden die Bezirkspersonalräte der Schulen grundsätzlich um ein Sechstel der Freistellungsstellen schlechter

gestellt, als Bezirkspersonalräte bei der Polizei oder der Verwaltung.

Für die Beschäftigten an den Hauptschulen und Förderschulen stellt sich nun eine ganz neue Lage dar.

Waren die Kolleginnen und Kollegen dieser Schulen es bislang gewöhnt, dienststellennah durch die örtliche Personalvertretung betreut und beraten zu werden, müssen sie sich daran gewöhnen, mit einem recht anonymen Personalrat bei der Bezirksregierung zurechtzukommen.

Wir Personalratsmitglieder aus der Haupt- und Förderschule sind uns aber einig. **Mit uns nicht!**

Wir werden die GEW-Geschäftsstelle in der Essener Straße in Horst zu einem Informations- und Beratungszentrum für Gelsenkirchen und Gladbeck ausbauen.

Die Personalrätestruktur kann der Landtag zer schlagen, die gewerkschaftliche Solidarität mit den Beschäftigten und die Beratungskompetenz Ihrer Personalratsmitglieder wird aber auch nach den Wahlen weiterbestehen.

Wichtig ist nun, dass die Beschäftigten uns durch eine große Wahlbeteiligung und durch ihre Stimme unterstützen.

Ihre Stimme für die GEW



GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88

45899 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 / 51 37 59

Fax: 0209 / 51 42 07

gew-ge@gmx.de

Im Juni



Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag von 09.00 Uhr - 12.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 15.00 Uhr - 18.00 Uhr



Personalratswahlen
Das sind Ihre Kandidaten
für den örtlichen Personalrat Grundschule in Gelsenkirchen

Lothar Jacksteit
Glückaufschule Ückendorf
GGS Stephanstraße
Tel. priv.: 49 26 51

Giesela Fries-Oehlschlägel
EGS Georgstraße
Tel. priv.: 02327 8 22 15

Gabriele Behrendt

Friedrich-Grillo-Schule

GGs Grillostraße 63

Tel. priv.: 4 43 82

Marion Appold

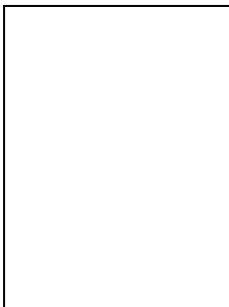
GGs Bickernstraße

Tel. priv.: 9 88 26 46

Markus Dudel

GGs Spindelstraße

Tel. priv.: 3 59 55 76



Annette Dewald
Don-Bosco-Schule
KGS
Fürstinnenstraße
Tel. priv.: 27 22 87



Uwe Lorenz
Studienseminar
GHR - G
Lüttinghofallee 5
GGs Dörmannsweg
Tel. priv.: 61 10 04
Fax priv.: 3 59 59 39



Marita Koch
Mährfeldschule
GGs Röttgersweg
Tel. priv.: 77 87 64



Ingo Langenhagen
Studienseminar GHR – G
Lüttinghofallee 5
Grundschule am Schloss Horst
GGs Turfstraße
Tel. priv.: 02362 – 79 57 99
ingo.langenhagen@cityweb.de

Nach der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes gibt es für die **Haupt- und Förderschulen** keine örtlichen Personalräte mehr. Deren Aufgaben sollen die jeweiligen Bezirkspersonalräte übernehmen. Wir kandidieren in diesen Personalräten und bitten um Ihre Stimme.

Karl-Heinz Mrosek

Zur Zeit: Vorsitzender des Personalrates Grund- und Hauptschule in Gelsenkirchen und Mitglied des Bezirkspersonalrates Grund- und Hauptschulen.

Neu: Kandidat für den **Bezirkspersonalrat** und den **Hauptpersonalrat** Hauptschule



von links: Detlef Seela, Gerd Weidemann, Christiane Dunker, Karl-Heinz Mrosek

Gerd Weidemann

Zur Zeit: Vorsitzender im örtlichen Personalrat und stellvertretender Vorsitzender im Hauptpersonalrat Förderschulen

Neu: Stellvertretender Vorsitzender im **Hauptpersonalrat** Förderschulen

Detlef Seela

Zur Zeit: Mitglied im örtlichen Personalrat und im Bezirkspersonalrat Förderschulen

Neu: Kandidat für den **Bezirkspersonalrat** Förderschulen

Christiane Dunker

Zur Zeit: Mitglied im örtlichen Personalrat und im Bezirkspersonalrat Förderschulen

Neu: Kandidatin für den **Bezirkspersonalrat** Förderschulen

Listel ✗

GEW

**Ihre Kandidatin für den
Bezirkspersonalrat Gesamtschule**



Rita Hundt-Meyring

Gesamtschule, Büttkendorf

**GEW,
was denn
sagt**

**Ihr Kandidat für den
Bezirkspersonalrat Gymnasium**



Torsten Menkhaus

Weiterbildungskolleg Emscherlippe
Abendgymnasium und Kolleg
Gelsenkirchen

**GEW,
die tun**

**Bildung
ist
MehrWert**



**Ihr Kandidat für den
Bezirkspersonalrat Berufskolleg**



**Ihre Kandidatin für den
Bezirkspersonalrat Berufskolleg**

Anton Sehrbrock
Eduard Spranger-Berufskolleg
Gelsenkirchen

**GEW,
meine Gewerkschaft!**

Gisela Barthelmes
Lehrerin im Angestelltenverhältnis
Realschule an der St.-Michael-Straße
Gelsenkirchen

**GEW,
mach mit!**

Am Pult kann nur einer stehen

Unterrichtsmethoden: Viele Wege führen nach Rom

Von Michael Felten

Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit, hat Karl Valentin gesagt. PISA ist wichtig, ließe sich fortfahren, wirft aber mindestens so viele Fragen auf, wie es zu beantworten scheint. Warum etwa sind finnische Schüler Spitze? Weil sie Gesamtschulen besuchen – oder weil sie dort vorwiegend Frontalunterricht erleben? Weil Filme im Land der tausend Seen häufig nicht synchronisiert sind, also frühes Lesen nötig machen – oder weil es dort wenig Migranten gibt?

Leistung in der Schule ist kein Tabu

Und warum waren bayerische Fünfzehnjährige bei PISA 2000 Schülern im Rheinland um bis zu zwei Jahre voraus? Weil es dort ein gegliedertes Schulsystem gibt? Weil die Klassenarbeiten schwerer sind – oder weil die Familienstruktur im Alpenvorland vergleichsweise intakter ist?

Schulleistungsstudien wie PISA haben viel bewirkt: In der Bildungsfrage werden neuerdings nicht nur Meinungen gehandelt, sondern auch Fakten. Hinzu kommt, dass Leistung in der Schule kein Tabu mehr ist: Es gibt einen neuen Konsens darüber, dass auch schon Kinder etwas leisten wollen. Aber die Jahr für Jahr auf uns herabrieselnden Bildungsdaten führen uns auf die falsche Fährte. Sie machen uns glauben, wir erhielten Einblick in Kausalzusammenhänge.

Auch für PISA und andere Studien gilt jedoch das bekannte Storchdilemma: Mag es noch so viele Häuser mit Neugeborenen geben, auf denen ein Storchennest thront – so käme doch niemand auf die Idee zu behaupten, der Storch brächte die Kinder. Was heißt das? Womöglich haben gleichzeitig auftretende Phänomene gar nichts miteinander zu tun, vielleicht existiert etwas Drittes oder gar mehrere Bedingungsfaktoren.

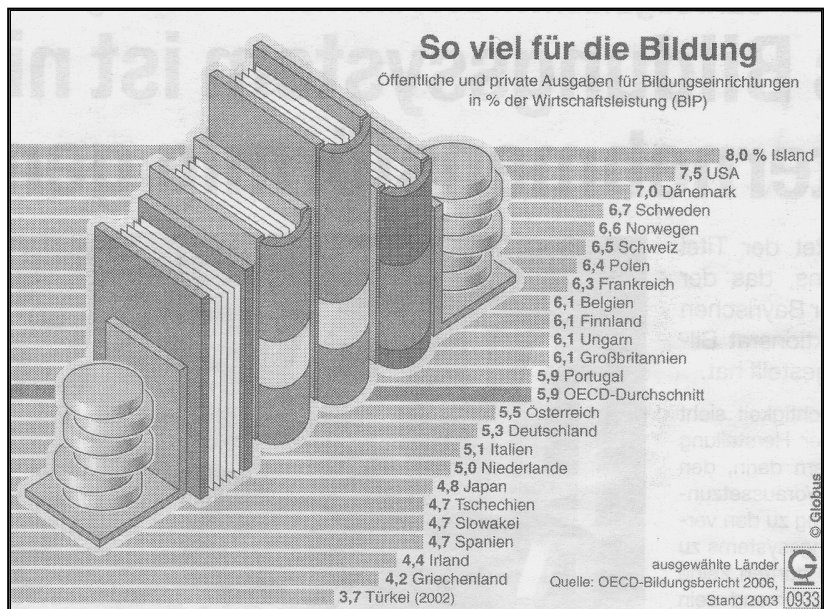
Verlässliche Aussagen, welche Lernumstände sich lernförderlich auswirken, erfordern extrem aufwändige Auswertungen, so genannte multivariate Regressionsanalysen. Für die Mathematikstudie TIMSS (1996) liegen diese vor – und ihr Resümee lässt aufhor-

chen. Positive Leistungsbilanzen sind danach keine zwangsläufige Folge von integrierten Schulsystemen oder höheren Bildungsausgaben. Es kommt wesentlich darauf an, inwieweit Lernen gesamtgesellschaftlich mit Wertschätzung bedacht wird. Es ist also ungemein wichtig, ob Eltern sich für das Schulleben ihrer Kinder interessieren und das Anstrengende des Lernens bejahen; ob Lehrer motivierend und anspruchsvoll unterrichten; ob Schulen über Unterstützungssysteme verfügen, die es Lehrern leicht machen, auf individuelle Befähigungen ihrer Schüler einzugehen.

Als zentrale Variable für Lernerfolg erweist sich immer mehr die Unterrichtsqualität. Nur: Was ist guter Unterricht? Die Geschichte der Lerntheorien präsentiert sich als Reigen aus Fortschritten und Irrtümern. Der Nürnberger Trichter etwa, beliebte Metapher für ein überholtes (weil passives) Bild vom Lernen, hatte durchaus etwas Aufklärerisches – um das Jahr 1600 herum – dass es nämlich möglich sei, auch dem Dümmersten etwas einzutrichtern. Umgekehrt erfuhr die Euphorie über offene Unterrichtsformen und weitgehende Selbstständigkeit beim Lernen in unseren Tagen einen herben Dämpfer. Von dieser Methodik profitieren gerade leistungsstarke Mittelschichtkinder, schwächere Schüler hingegen verstört sie eher. Dabei ist das Wissen um lernförderliche Bedingungen dank der empirischen Unterrichtsforschung mittlerweile sehr solide.

Unterrichtsqualität ist die zentrale Variable für Lernerfolg

Schon um 1990 hatte die Scholastik-Studie (ein Vorläufer von PISA) offenbart, dass der Lernfortschritt von Grundschulern weitaus stärker von der Qualität ihrer Kenntnisse aus dem letzten Jahr bestimmt wird als von der Art



des aktuell erteilten Unterrichts. Die Videostudien zu TIMSS zeigten dann, dass die leistungsstarken Achtklässler in Japan keineswegs zurückhaltende Lehrer hatten: Diese steuerten den Unterricht äußerst aktiv und zielten dabei auf hohe Aktivität der Schüler. Sie machten anspruchsvollen und abwechslungsreichen, aber keineswegs offenen Unterricht. Das einzige, was hier offen war, waren die Aufgaben: Problemstellungen, die Lösungen auf verschiedenen Niveaus zuließen. Von der gemeinsamen (und disziplinierten!) Auseinandersetzung darüber profitierte dann die gesamte Lerngruppe.

Ende der neunziger Jahre wurde es gar offiziell: Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung ließ offiziell verlauten, „Unterrichtsstudien belegen die Lernwirksamkeit und häufig die Überlegenheit eines anspruchsvollen lehrergesteuerten, störungspräventiven, aufgabenorientierten und klar strukturierten Unterrichts (!) mit gemäßigttem Interaktionstempo.“

„Aufgeklärter Frontalunterricht“ rehabilitiert
 Das darf man nicht als Freibrief für stundenlange Lehrermonologe missverstehen. Aber es rehabilitierte den „aufgeklärten Frontalunterricht“, im Fachjargon „direkte Instruktion“ genannt: Eindeutige Anforderungen, verständliche Erklärungen, spannend erzählte Einführungen, viel Echo auf Schülerbeiträge, geduldiges Warten auf Schülerantworten, intelligentes (d.h. mannigfaltiges) Üben.

Grundsätzlich hat sich gezeigt: Verschiedene Wege führen nach Rom. Das Gebot der Stunde scheint der Methoden Mix zu sein: Entscheidend ist, dass sich Schüler möglichst vielfältig und intensiv mit dem Lernstoff beschäftigen. Und dass Lehrer jede Gelegenheit zu ihrer Aktivierung und Ermutigung nutzen. Leistungsförderlich ist dabei nicht zuletzt die richtige Atmosphäre.

Das Optimierungsprinzip

Petra (18) ist vom Methodenwahn im Schulunterricht wenig begeistert

Von Petra Thesing (18, Marl)

Meinung. Man geht nichtsahnend zur Schule, müde und unausgeschlafen und will nur, dass der Morgen möglichst schnell vorüber geht. Doch die Rechnung geht nicht auf. Am Tag zuvor war eine Lehrerfortbildung zum Thema „Lernmethodik“. Panik bricht aus. Was wohl diesmal kommt?

Die Stunde beginnt. „Zieht bitte alle eine Karte. Wir bilden heute Expertengruppen. Ihr erarbeitet jeweils ein Thema und setzt euch dann anders zusammen. Also zuerst setzen sich jeweils A, B und C zusammen und dann die Einser und Zweier und so und erklären sich jeweils das Thema.“ Na klar, alles verstanden. Chaos im Klassenzimmer. Die ersten 15 Minuten gehen für die Erklärung, das Kärtchenziehen und Gruppenbilden drauf. Es folgen haufenweise Texte mit unverständlichem Gewurschtel. Die Gruppe muss sich erst mal zusammenfinden und beginnt dann, nach einiger Überwindung, die Texte zu lesen. In der breiten Masse herrscht großes Unverständnis. Einige verstehen den Sinn jedoch sofort und machen sich ans Abarbeiten der Aufgaben.

Der Rest sitzt doof da und ist gerade dabei, die Zusammenhänge wenigstens in Ansätzen zu begreifen, als der Lehrer feststellt, dass die Stunde bald zu Ende ist. Eine weitere große Umsetzaktion erfolgt. Jetzt sitzen in jeder Gruppe fünf Leute, die den anderen ihr Thema erklären dürfen. In zehn Minuten, da der Zeitplan nicht aufgeht. Und in der nächsten Woche wird ein Test geschrieben.

Schulunterricht der Moderne. Gegenseitiges Vermitteln von nicht vorhandenem Wissen. Soll unsere sozialen Kompetenzen fördern. Die Guten helfen den Schlechten und so.

Früher, als ich in der fünften Klasse war, war Gruppenarbeit noch etwas Besonderes und alle haben sich gefreut. Gruppenarbeit bedeutete damals, wochenlang ganz intensiv an einem Thema zu arbeiten, zu Hause und in der Schule, mit viel Begeisterung und Freiheit – und meist mit den besten Freunden.

Heute sieht das anders aus. Man soll eben Teamfähigkeit erlernen. Daher lernen die Lehrer auf ihren Fortbildungen immer kreativere Möglichkeiten der Gruppenbildung. Besonders beliebt ist die Kartenmethode. Ob es nun normale Spielkarten oder A- B-C-Karten sind, in verschiedenen Farben und Formen, am besten noch mit unterschiedlichen Zahlen und Buchstaben bedruckt, damit man möglichst viele Variationsmöglichkeiten zur Gruppenbildung hat.

„Witzig“ wird es, wenn jemand aus der Gruppe der ganzen Klasse die Ergebnisse vortragen soll. Denn schließlich muss der Referent erst einmal ausgewählt werden. Hier sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. ob es nun derjenige mit der kleinsten Schuhgröße ist, der mit dem spätesten Geburtsdatum im Jahr, oder derjenige mit der geringsten Körpergröße, ob gewürfelt wird oder Karten oder Streichhölzer gezogen werden – warum nicht einfach mal der Fantasie freien Lauf lassen?

Ganz gleich, ob das alles wirklich sinnvoll ist, finden weitere Fortbildungen statt, die dazu führen, dass Referate in Form von Theaterstücken, Raps oder gleich ganzen Shows gehalten werden. Das bedeutet: maximaler Aufwand für minimalen Inhalt. Ich habe so das Gefühl, dass da jemand das Optimierungsprinzip nicht ganz verstanden hat. Es geht um minimalen Aufwand für das bestmögliche Ergebnis, nicht umgekehrt.

Von dieser Entwicklung bleiben Schülerinnen und Schüler natürlich nicht unberührt. Irgendwann stellt sich etwas ein, was ich hier jetzt einfach mal „Klipperschädigung“ nenne (Klippert war der, der sich ganz viele tolle Methoden zum Lernen ausgedacht hat....) Besagte „geschädigte“ Schüler mussten viel über sich ergehen lassen, nicht zuletzt durch die vielen verschiedenen Variationen der Gruppenarbeit.

Streiten mit Neo-Nazis Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten

In den zurückliegenden Wochen und Monaten hat es verschiedentlich Aufmärsche und Demonstrationen von Neo-Nazis in Gelsenkirchen gegeben. Die Presse hatte darüber berichtet, anschließend wurde in vielen Foren über diese Demonstrationen und Gegendemonstrationen im Netz diskutiert. Wenn man diese Diskussionen verfolgte, stellte man bald fest, dass sich hier auch Neo-Nazis beteiligten. Bei diesen bekam man mehr und mehr das Gefühl, dass sie ihre Textbausteine von einem Forum zum anderen hin- und herschoben und sich dabei taktisch nicht ungeschickt verhielten. Neues über diese Taktik der Neo-Nazis findet man auf der Homepage von „Miteinander e.V./Arbeitsstelle Rechtsextremismus (Hd.)“ Und hier der entsprechende Link: <http://www.miteinander-ev.de>

Beim Lesen fällt einem dann einiges wie Schuppen von den Augen und man erkennt, dass Islamisten ähnliche taktische Vorgehensweisen pflegen.

red.

„Klipperschädigungen“ können auch durch Klassenspaziergänge entstehen, bei denen jeder und jede sich selbst laut vorliest, oder aber, wenn Referate im Übermaß verteilt werden und dann mit bunter Farbe auf Plakaten dargestellt werden müssen. „Klipperschädigungen“ können auch durch eine Überdosis Powerpointpräsentationen entstehen, gekoppelt mit tollen Handouts. Schwerwiegend wird diese Schädigung dann, wenn Schülerinnen und Schüler auch in ihrer Freizeit anfangen, Gruppen zu bilden und sich in der Reihenfolge der Geburtstage ihrer Elternteile zu ordnen. Urheber dieser „Schädigung“ sind nicht nur (vorwiegend junge) Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch besonders moderne Veranstaltungen wie die sogenannten „Methodentrainings“. Bei diesen Trainings lernt man super nützliche Begriffe wie „skippen“ und „scannen“ (diese Ausdrücke beziehen sich darauf, wie man eigenen Text am besten liest oder eben auch nur halb liest....) und erfährt, dass man ein Referat auch als Gesangsstück halten kann. Aber das hatten wir ja schon.

Nur wenige Schülerinnen und Schüler bleiben vom Methodenwahn verschont, und in wenigen Jahren werden alle an „Klipperschädigungen“ leiden, wenn die methodenresistenten Lehrerinnen und Lehrer ausgestorben sind. Aber bestimmt wird uns das später im Berufsleben helfen, wenn wir wissen, dass man zum Lernen laut aus einem Buch vorlesend durch die Gegend laufen kann.

Meiner Meinung nach sieht das vor allem seltsam aus, aber betrachten.

Quelle: Hertener Zeitung, 07.11.2007

Wachstumshormon nicht lebensverlängernd

Eine Forschergruppe an der Stanford-Universität kam zu dem Ergebnis, dass eine Behandlung mit Wachstumshormonen nicht als das Zaubermittel gegen Altern angesehen werden kann, für das es von vielen Menschen aufgrund von Werbeversprechen gehalten wird.

Bei Menschen, die mit Wachstumshormonen behandelt wurden, kam es zwar zu einer leichten Zunahme an Muskelmasse und einem entsprechenden Abbau von Fett. Eine Lebensverlängerung konnte

**jedoch
berichtet.
Die e
kann
und**

Hörsturz / Tinnitus

Handeln

Sie

schnell!

Hyperbare Sauerstofftherapie
Telefon 07 61 / 38 20 18
www.hbo-freiburg.de

**Am Donnerstag, 20. September 2007, verstarb
im Alter von 64 Jahren unser Kollege, der
Rektor**

Peter S o m i ä s k i

Er war zuletzt an der Gemeinschaftsgrundschule
Coesfelder Straße tätig.

Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken
bewahren.

Karl-Heinz Mrosek
Stellvertretender Vorsitzender

Von einem Brautkleid zum Leichentuch

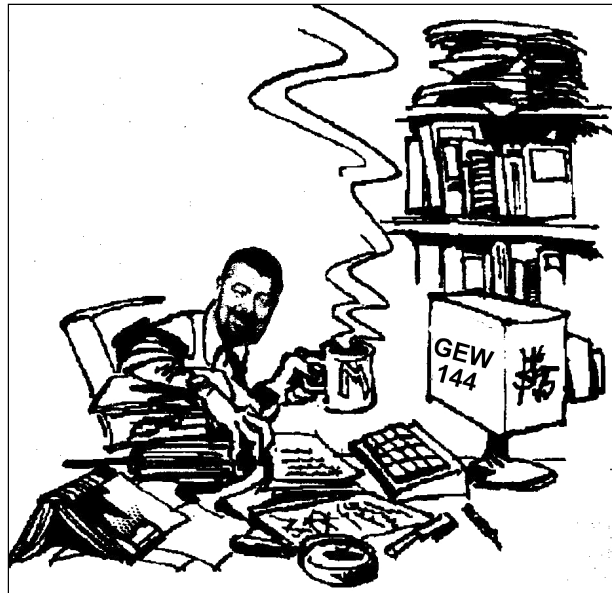
Serap Cileli spricht ein heißes Thema an

„Wenn eine Frau das Haus eines Mannes im Brautkleid betritt, dann verlässt sie es nur im Leichentuch.“ Und: „Der Himmel der Frau ist die Erde, die unter den Füßen des Mannes liegt.“ Türkische „Weisheiten“, die die gesellschaftlich-moralische Situation von Mann/Frau im muslimischen Staat spiegeln. Die Zitate

nannte die Autorin und Frauenrechtlerin Serap Cileli bei ihrem Besuch in der Buchhandlung L. Junius.

So voll besetzt waren die Räume selten: Der Gast löste ein starkes Echo aus – bei Frauen und Männern. Serap Cileli las weniger als dass sie einen Vortrag über „Wir sind eure Töchter, nicht Eure Ehre“ (so der Buchtitel) hielt.

280 Frauen (zwischen 11 und 48 Jahre) hat sie in den vergangenen Jahren betreut, die entweder zwangsverheiratet werden sollten oder wurden, die selbstmordgefährdet waren/sind, weil sie keinen Ausweg aus dem Konflikt mit den Eltern sehen, die wegen verletzter Familienehre von Vätern/ Brüdern gejagt werden. Aber sie verteidigt nicht nur Frauen, sondern auch junge Männer ab 16 Jahren, denen ebenfalls die Zwangsheirat droht. Die sich wehren, eine ungeliebte Partnerin zu ehelichen. Sie weiß von Fällen, bei denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit passierten – „der Täter läuft als Ehrenmann in Deutschland herum“.



Auch das Thema der „Ehrenrose“ sprach sie an – der Blutfleck am Betttuch nach der Entjungferung. „Was sich die Mädchen alles einfallen lassen müssen, um ihre Reinheit in der Hochzeitsnacht unter Beweis zu stellen – das ist entwürdigend, demütigend.“

Darüber will sie ausführlich in einem zweiten Buch schreiben, das 2008 erscheinen soll. Das eigene Schicksal streifte sie: Die mit dem Bundesverdienstkreuz und dem L.-Beck-Preis für Zivilcourage ausgezeichnete 41-Jährige kam mit acht Jahren nach Deutschland, wurde mit 12 Jahren von ihrem Vater mit einem Fremden verlobt. Durch einen Suizidversuch entgeht sie der Verhehlung, mit 15 Jahren wird sie zwangsverheiratet, zieht nach Anatolien. Sie erzwingt nach jahrelangem Kampf die Scheidung, doch ihr Vater sucht wieder einen „passenden Mann“ aus... Sie weiß aus trauriger Erfahrung, wovon sie spricht und schreibt. Sie löst Diskussionen aus.

WAZ: 01.09.2007 HJL

Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88

Redakteur (verantw.): Karl-Heinz Mrosek

Layout: Maria Lewandrowski

Verantwortlich i.S.d.P.:

Alfons Kunze GEW-Stadtverband Gelsenkirchen

Islamismus als Herausforderung

1. Muslime und Islamisten

Der Islam ist die Religion der Rechtleitung. Viele glauben, dass in der Umma, der Gemeinde der Gläubigen, die Mohammed zu Beginn der islamischen Zeitrechnung in Medina gründete, Gerechtigkeit auf Erden herrschte, denn Mohammed teilte allen unmittelbar Gottes Willen mit. Wer sich dem widersetzte, erhielt die gerechte Strafe, was vielfach die Todesstrafe bedeutete.

Wer sich von Gottes Geboten leiten lässt, hat sich mit Eifer für die Sache Gottes (d.h. **Dschihad**) einzusetzen. Das kann im Studium, in der Arbeit, in der Aufzucht von Kindern, im Gebet und in vielen guten Werken geschehen (großer Dschihad); wenige Auserwählte durften/dürfen die Sache Gottes mit der Waffe in der Hand verteidigen (kleiner Dschihad) und so die Herrschaft Gottes über alle Muslime und schließlich über alle Menschen durchsetzen. Muslime sind rein. Unrein sind alle, die Schweinefleisch essen, Alkohol trinken, während des Ramadan nicht fasten usw. oder bei denen Körperflüssigkeit austritt. Wer beten, fasten oder den Koran lesen will, hat sich vorher rituell zu waschen. Sonst bleibt er/sie unrein. Reine dürfen keinen Kontakt mit Unreinen haben. Unklarheiten werden durch einen Expertenspruch des religiösen Oberhauptes oder eines Rechtsgelehrten (Fatwa) geregelt, der verbindlich ist. Alle gläubigen Muslime sind einander Bruder und Schwester.

Heute gehören die meisten Muslime in Deutschland (bzw. in Europa usw.) zu unteren sozialen Schichten. Ihrer Deutung nach ist ihre soziale Lage die Folge der Nichtbeachtung von Gottes Geboten (der Scharia). Ebenso gelten Hunger und Elend in der Welt, aber auch die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke des Westens und die Existenz des Staates Israel als Angriffe des Teufels auf die wieder zu errichtende Umma. Islamisten glauben: Wenn alle Menschen, vor allem aber alle Muslime Gottes Gebote beachteten, gäbe es keine Armut und kein Elend auf der Welt. Aus dieser Deutung ziehen sie den Schluss, dass alle Menschen, insbesondere alle Muslime dazu zu bringen sind, Gottes Gebote (die Scharia) so einzuhalten, wie es früher einmal in der Umma, der Gemeinschaft aller Glaubenden zu Medina, der Fall war; oder sie sollen die entsprechende „gerechte“ Strafe erhalten.

Islamisten kämpfen heute an zwei Fronten, nämlich einmal gegen die Muslime, die ihrer Ansicht

nach Gottes Gebote nicht einhalten, und zum anderen gegen die Ungläubigen, die die „natürlichen“ Feinde der Umma sind. Wer nicht für sie ist, ist gegen sie. Muslime sind somit oft die ersten Ziele des Kampfes von Islamisten.

Eigentlich dürfte nur der Kalif, der Stellvertreter des Propheten, den Kampf zur Wiedererrichtung der Umma leiten. Seit der Absetzung des letzten osmanischen Kalifen durch das türkische Parlament (03.03.1924) sind viele Versuche, das Kalifat neu zu errichten (u.a. vom Kalifen von Köln), gescheitert. Als Mittel in diesem Machtkampf werden oft Drohungen, Morde, Attentate und bürgerkriegsähnliche Kampfhandlungen gegen andere Muslime eingesetzt. Derjenige, der sich einer Veränderung der islamischen Gesellschaften unter der Leitung eines die Vollmacht von Kalifen beanspruchenden Warlords widersetzt, kann schnell zum Ungläubigen erklärt werden, was in der Regel dem Todesurteil eines „Vogelfreien“ gleichkommt.

Viele türkische Islamisten sehen in einem künftigen Osmanischen Reich (von China bis zum Atlantik) die Verwirklichung der Umma.

Kommentar: Die geträumte Umma entspricht nicht der Umma, der Mohammed vorstand. Es gab bereits blutige Nachfolgekämpfe, als Mohammed noch auf dem Sterbebett lag. Islamistische Gruppen bekämpfen sich regelmäßig. Beispiele für eine an den Bestimmungen der Scharia ausgerichtete Gesellschaften sind u.a. Saudi-Arabien, Afghanistan der Taliban, Iran.

2. Was unterscheidet Muslime von Islamisten?

Muslime und Islamisten berufen sich auf den Koran. Es gibt viele Varianten des Islam.

- Wer den Koran in arabischer Sprache hört, hört Gottes eigene Stimme (das ist vergleichbar mit dem katholischen Glauben von der Gegenwart Gottes in der Hostie).
- Jede Religionsgruppe interpretiert heilige Texte auf ihre eigene, überlieferte Art. So werden die Existenz, das Handeln und der innere Aufbau der Gruppe gerechtfertigt.
- Jeder Mensch deutet einen heiligen Text nach seinem Verständnis, und zwar in Übereinstimmung mit der Gruppe, der er angehört, oder in

Unterscheidung zu der Gruppe, von der er sich
Muslime (eine der vielen Erscheinungsformen)

absetzen will.
Islamisten

Der Koran ist das Abbild des UrKorans im Himmel. Osman, der 3. Kalif, hat den geprüften Text geordnet.	Der Koran ist Gottes eigenes Wort.
Bei der Deutung des Korans sind Text, Kontext und Adressat zu beachten (z.T.aufgeklärter „Euro“Islam).	Der Koran ist unmittelbar verständlich.
Staat und Religion sind getrennte Bereiche (z.B. in der Türkei, mit Gewaltenteilung, Demokratie).	Staat und Religion bilden eine Einheit (Theokratie, religiöse Gerichte).
Das Parlament beschließt die Gesetze (eher nur TR)	Die Scharia ist absolute Rechtsquelle.
Die Bestimmungen der Scharia sind zeitbedingt und den neuen Bedingungen anzupassen („Euro“Islam).	Nur die strikte Einhaltung der Scharia führt zur Umma.
Konversion zu anderer Religion wird nicht geduldet.	Abfall vom Islam wird mit Tod bestraft.
Deutschland ist das Land der (religiösen) Freiheit.	Der Westen ist Land der Unreinen.
Juden und Christen sind Anhänger einer monotheistischen Religion. Kritik am Staat Israel ist möglich.	Der Staat Israel und alle Juden sind die Spitze des Kreuzzuges gegen den Islam.
Banken dienen dem Wirtschaftsgeschehen. Sie arbeiten mit Zins und Zinseszins (eher: Türkei, Libanon).	Beteiligungen an anderen Firmen sind erlaubt, Bankzinsen nicht (Zinsverbot).
Mann und Frau sind gleich berechtigt; Mann dominant. Sie nehmen (fast) gleich berechtigt am öffentlichen Leben teil (Koedukation?).	Der Frau das Haus, das Öffentliche dem Mann. Mann und Frau treffen sich nicht alleine und berühren sich nicht.
Monogamie (gilt u.a. in Marokko, Türkei, Tunesien).	Polygamie (1 Mann, bis zu 4 Frauen).
Staatl. Kopftuchverbot u.a. in Türkei, Tunesien.	Frauen tragen Kopftuch, Männer Bart.
Die Evolutionstheorie ist der Stand der Wissenschaft.	Die Evolutionstheorie ist des Teufels.
Sexualkunde hat angstfreie Sexualität zum Ziel.	Sexualkunde macht unrein.
Im Umgang mit Andersgläubigen gelten die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und der Reziprozität (gilt für viele Muslime).	Im Umgang mit den Ungläubigen gilt altaqqiya (Verschleierung der eigenen Wahrheit und der eigenen Absicht).
Auf die Freundlichkeit des Gesprächspartners wird mit Freundlichkeit geantwortet (gilt für die meisten).	Die Freundlichkeit des „Feindes“ wird als seine Schwäche gedeutet.

Die Aufzählung ist ein erstes Vor-Urteil. Wenn ein Merkmal zutrifft, gelten oft auch andere. Grauzonen sind möglich. Die Sätze zu Evolutionstheorie u. Sexualkunde teilen nicht alle Muslime.

3. Wie sind Islamisten zu beurteilen?

Der Islamismus ist eine islamspezifische, rechtsextreme Antwort auf vielfältige Formen institutionalisierter Gewalt, insofern mit dem deutschen Rechts extremismus vergleichbar, und als politisierter Islam mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar.

4. Welche islamistischen Organisationen gibt es in NRW?

Gegen führende Mitglieder von **Milli Görüs** laufen Strafverfahren wegen Betrug und Geldwäsche (Schaden: über 25 Milliarden Euro). Die ca. 320 Milli Görüs-Moscheen (BRD) unterstützten die Umgehung der Hartz IV-Gesetzgebung: Muslime sollten gespartes Geld wegen des Zinsverbotes nicht auf Banken, sondern bei hohen Renditen in islamische Beteiligungsgesellschaften einbringen. Diese haben inzwischen Konkurs angemeldet. Es gilt jetzt das Gesetz des Schweigens.

Milli Görüs beschäftigt in den eigenen Verwaltungs- und Betreuungsorganisationen viele junge Kämpferinnen und Kämpfer.

Milli Görüs umgeht das staatliche Kopftuchverbot an türkischen Hochschulen durch Hochschul-Stipendien in Deutschland an Kopftuch tragende Frauen.

Der **Verband islamischer Kulturzentren VIKZ** (vulgo: Süleymançilik, ca. 300 Moscheen, BRD) vertritt einen eher mystischen Islamismus. Gegen Funktionäre des VIKZ laufen Steuerhinterziehungs-, Betrugs- und Geldwäscheverfahren in Höhe von 25 Millionen Euro.

Die **Grauen Wölfe (Bozkurt bzw. Bozkurtlar)** (Diealisten, Ülkücü) vertreten eher die Position eines rassistischen Nationalismus. Kurden und andere Minderheiten auf dem Gebiet der Republik Türkei werden mit rassistischen Argumenten und Taten bekämpft.

Die jungen Mitglieder wissen, dass sie Soldaten eines zukünftigen Osmanischen Reiches sind.

Die **Nurcular** vertreten einen eher intellektuellen Islamismus. Sie verurteilen die türkische Republik, weil Atatürk 1922/1924 das Kalifat abgeschafft und so allen Muslimen das geistige und staatliche

Oberhaupt genommen hat. Regierungschef Erdogan steht den Nurcular nahe.

In vielen der 870 (BRD) türkischen **DITIB**-Moscheen, in denen Hodschas arbeiten, die von der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten (**DIYANET**) entsandt werden, kann der Islamismus gepredigt werden. Viele der von der Türkei für vier Jahre nach Deutschland entsandten Hodschas absolvierten die islamistischen Predigerschulen (Imam-Hatip-Oberschulen). Nach einer DITIB-Broschüre soll der Mann die ungehorsame Frau schlagen (vgl. Sure 4, 34). Eine andere Auslegung dieses Satzes ist: Der Mann soll sich von der Frau trennen.

Ein Teil des **Dschihad** dieser Gruppen ist der Aufbau von Frauenvereinigungen, Sport und Jugendorganisationen, Internaten, Nachhilfeschoolen, Islamischen Privatschulen, Koranschulen, Hilfsorganisationen für Arme und Bedürftige. So wird auch Nachwuchs rekrutiert.

Es gibt Gemeinsamkeiten mit der Theologie der Befreiung (z.B. Auszug aus dem Land der Knechtschaft: Hedschra ~ Exodus). Für die Theol. der Befreiung ist das „Gelobte Land“ eine ständige Utopie (mit Gewaltenteilung), keine Zielvorstellung einer theokratischen Diktatur.

5. Weshalb sind Islamisten möglicherweise in NRW stark?

- a.) Soziale Gründe (Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, geringe soziale Integration).
- b) Verbundenheit mit traditionellen Werten, Angst gegenüber der fremden Gesellschaft.
- c) Effektive, konkurrierende, autoritäre, hierarchisierte Organisationen der Islamisten.
- d) Misslingende Integrationspolitik; vgl. deutsche Gruppen im Ausland, z.B. USA.
- e) Geringe Wachsamkeit der zuständigen staatlichen Organe (und auch der Schulen).

6. Wie soll sich die Schule gegenüber Islamisten verhalten?

- 6.1 Die deutschen Schulen
 - sind dem Grundgesetz und den Länderverfassungen verpflichtet;
 - sind der Kontrolle der Schulaufsicht, des Parlamentes und der Gerichte unterworfen;
 - unterliegen formal und inhaltlich dem Gleichheitsgebot (wie Mann/Frau, Inländer/Auslän-

der);

- haben zum Ziel, die Schülerinnen und Schüler zu mündigen, kritisch denkenden und verantwortlich handelnden Bürgern zu erziehen, und nicht zu Kämpfern für die Umma;
- haben im Kontext der deutschen Kultur auf wissenschaftlicher Grundlage unter Beachtung des Diskriminierungsverbotes zu Demokratie und Toleranz zu erziehen;
- haben das Schulleben so zu gestalten, dass sich alle Schülerinnen und Schüler mit Deutschland identifizieren können und hier keine Fremde werden;
- sollten Kenntnisse über die kulturellen Traditionen der verschiedenen ethnischen Gruppen vermitteln, die in der jeweiligen Klasse bzw. Schule unterrichtet werden, und diese möglichst positiv darstellen (Versöhnen, nicht ausgrenzen!);
- haben dafür zu sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, einen für sie geeigneten Beruf zu finden (Integrationsziel, Kampf gegen Rechts) usw.

6.2 Die Schule kann soziale Immigrationskonflikte nicht lösen (Armut; von bestimmten Gruppen als religiös oder rassistisch wahrgenommene Diskriminierungen usw.), sie hat Schülerinnen und Schüler zu stärken und mit ihnen Wege zu Konfliktlösungen zu erarbeiten.

6.3 Alle Schülerinnen und Schüler haben Anspruch auf Liebe und Zuneigung („Deine Schüler brauchen Liebe, Regeln und Konsequenz“).

6.4 Bei Konflikten mit Schülerinnen und Schülern hat die Schule im Rahmen ihres Erziehungsauftrages

- diese als solche zu erkennen (wozu auch das Erkennen eines möglichen türkischnationalistischen oder islamistischen Zusammenhanges gehört),
- unverzüglich nach den im SchG bzw. im StGB festgesetzten Regeln zu handeln,
- dabei gegebenenfalls mit anderen zuständigen Stellen zusammenzuarbeiten (Jugendamt, Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Verfassungsschutz).

6.5 Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Schülerinnen und Schüler, die von Islamisten verbal, körperlich oder in anderer Weise angegriffen werden, sind zu schützen (z.B. [Ex]Muslime,

Armenier, Kurden, Deutsche, Aleviten, Christen usw.); diese Schutzverpflichtung ergibt sich u.a. aus den Bestimmungen von Art 1 GG, von den §§ 85 LBG, 618 BGB, dem ArbSchG, dem StGB, dem Diskriminierungsverbot und anderen, einschlägigen Bestimmungen.

Übergriffe von Islamisten sind von den Betroffenen im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht (§§ 15, 16, 17 ArbSchG bzw. dem SchG) den zuständigen Stellen mitzuteilen (der SchulleiterIn; auf dem Dienstweg dem Arbeitgeber; zuständig sind auch der Personalrat und der Betriebsarzt/BAD GmbH, evtl. LUK und GUV).

6.6 Übergriffe von Islamisten sind in die Gefährdungsanalyse nach § 5 ArbSchG aufzunehmen.

6.7 Betroffene Lehrerinnen und Lehrer sind mittels Fortbildungen bzw. Supervisionskursen im Umgang mit islamistischen Schülerinnen und Schülern zu stärken. Wer (nicht nur von Islamisten) als Schlampe oder Hure, wer als Rassist, islamophob oder fremdenfeindlich tituliert wird, sollte in der Lage sein, sofort angemessen zu reagieren, z.B.: „Wenn ich eine Schlampe bin, wenn ich ein Rassist bin, kann ich es nicht verantworten, dich weiterhin zu unterrichten. Du gehst jetzt nach Hause und kommst mit deinen Eltern wieder, um dich aus meinem Unterricht abzumelden und um für dich eine neue Klasse oder Schule zu suchen.“ Denn:

- Polizisten, die als „Scheiß-Bulle“ bezeichnet werden, erhalten sofort den Schutz der zuständigen Polizeibehörde. Gleiches hat auch für Lehrerinnen und Lehrer zu gelten.
- Wer eine andere Person als Schlampe oder Rassist beurteilt, grenzt aus und hat zunächst unter den Gesichtspunkten der sprachlichen Form und der Interaktion die Beurteilungshoheit. Diese Ausgrenzung entspricht der islamistischen Gedankenwelt. SchülerInnen sind sofort im Sinne der direkten Strafe (im Unterschied zur indirekten Strafe, vgl: Rousseau) auf die Konsequenzen ihres Handelns aufmerksam zu machen.

6.8 Die Stärke islamistischer Schüler ist es, Unverstandenes auswendig zu lernen (z.B. die nicht verstandenen, arabischen Texte des Korans). Aufgabe der Schule ist es, über eine vertiefte Kenntnis der Sprache die Fähigkeit der argumentativen Auseinandersetzung zu vermitteln.

6.9 *Es sind alternative Nachhilfeschulen aufzubauen, die in Übereinstimmung mit den Zielen der öffentlichen Schulen arbeiten.*

6.10 *Kritisch vor und nachbereitete Besuche von Moscheen usw. dienen der Vermehrung von Kenntnissen, dem Verständnis und der Förderung des Unterscheidungsvermögens.*

Manfred Etscheid

Zu den nachfolgenden Punkten gibt es häufig Nachfragen; daher heute folgende Informationen:

Teilzeitantrag: Das sollten Sie beachten

Die neuen Teilzeitanträge für das Schuljahr 2008/ 2009 müssen in diesen Tagen gestellt werden. Dabei sollen Sie Folgendes beachten: Wenn Sie sich nur eine geringe Teilzeit von wenigen Stunden „gönnen“, sollten Sie sich möglicherweise auf zwei Teilzeitstunden beschränken, und zwar dann, wenn Sie schwer behindert sind oder Ihnen die Altersermäßigung zusteht. Dann bekommen Sie nämlich die Ihnen dafür zustehende Stundenermäßigung ungekürzt. Ab der 3. Teilzeitstunde wird die Altersermäßigung reduziert. Auch die Schwerbehindertenermäßigung wird verringert. [BASS 11-11 Nr. 1, § 2 (7) -]

Altersermäßigung

Alle, die im Laufe dieses Schuljahres noch ihren 55. Geburtstag feiern, können im nächsten Schuljahr die Altersermäßigung von einer Stunde in Anspruch nehmen (geboren bis 01.08.1953). Wer auf eine Verlängerung der Altersteilzeitregelung für Beamtinnen und Beamte hofft und sich einen Einstieg in die Altersteilzeit mit 59 sichern möchte, muss mit Formblatt den Verzicht auf die Altersermäßigung erklären. Ohne Verzicht kann man die Altersteilzeit erst ab dem 60. Lebensjahr beginnen, natürlich immer vorausgesetzt, dass die Regelung überhaupt verlängert wird.

Ärger mit der Beihilfe?

„Die erstatten ja kaum noch was!“ Dieser Stoßseufzer ist immer öfter zu hören im Lehrerzimmer. Besonders Erstattungen für Medikamente sind betroffen, denn apothekenpflichtige, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel sind für Erwachsene nur noch dann beihilfefähig, wenn sie bei der Behandlung schwerwiegender Erkrankungen als Therapiestand gelten. Genau für diese Fälle gibt es auf der Seite der LBV einen Vordruck, den der Arzt ausfüllen muss. Wenn man sich nicht vor Kleingedrucktem scheut, gibt dieser Vordruck auch Aufschluss darüber, in welchen Fällen überhaupt bei nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln etwas zu erwarten ist.

www.lbv.nrw.de/merkblaetter vordrucke/beih besch medikamente pdf

Merkblätter und Vordrucke

Die Seite des LBV bietet übrigens eine Reihe von Vordrucken und Merkblättern zum Thema Beihilfe, aber auch zu anderen Bereichen rund um Gehalt und Pension. Der Klick lohnt sich: www.lbv.nrw.de

Karl-Heinz Mrosek

Die GEW ehrt ihre Jubilare



40 Jahre: Heinz Mensing, Willi Stegemann

25 Jahre: Gerd Dombrowski, Ingrid Großimlinghaus,
Petra Hupperts, Fehime Ince, Friedhelm
Kossuch,
Irmgard Kowallek, Johannes Nienhaus,
Anne Rosen, Christiane Varchim

Einladung

zu einem **Kabarett**abend
am Freitag, 11. April 2008
in den Räumen der AWO
Grenzstraße 47, 45881 Gelsenkirchen

Beginn: 19.30 Uhr
Einlass: 19.00 Uhr

Eintritt für GEW-Mitglieder frei.
Nichtmitglieder zahlen 8 € an der Abendkasse.



Hellwach und ausgeschlafen

Kabarett mit Trio Hitzefrei

Buchbesprechung

Theorie der Unbildung

Die Irrtümer der Wissensgesellschaft

Konrad Paul Liessmann, Büchergilde Gutenberg, 2007, ISBN 978-3-7632-5786-7

Heute möchte ich Ihnen das Buch von Konrad Paul Liessmann vorstellen „Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft“. Der Autor ist 1953 in Villach geboren. Er ist Professor für Philosophie der Universität Wien.

2004 erhielt er den Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz im Denken und Handeln. Sehr kritisch setzt er sich mit dem Thema auseinander.

So heißt es im Klappentext

„Was weiß die Wissenschaft? Wer wird Millionär? Wirklich derjenige, der am meisten weiß?

Die Begriffe Wissen und Bildung bewegen Menschen genauso wie Märkte; sie sind, so heißt es, die wichtigsten Ressourcen des rohstoffarmen Europas, und wer in sie investiert, investiert in die Zukunft. Debatten um mangelnde Qualität von Schulen und Studienbedingungen – Stichwort PISA -, um Spitzenforscher und potentielle Nobelpreisträger haben heute die Titelseiten der Zeitungen erobert. Fast könnte man glauben, dass der Traum der Aufklärung vom gebildeten Menschen in einer informierten Gesellschaft endlich Realität gewinnt. Der zweite Blick ist allerdings ernüchternd. In seinem hochaktuellen und brillant geschriebenen Buch entlarvt der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann vieles von dem, was unter dem Titel Wissensgesellschaft propagiert wird, als rhetorische Geste.“

(...)

Er bringt Situationen in der Schule und auch in der Hochschule auf den Punkt. Einige Passagen kann man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(...)

„Mitunter ist es geradezu atemberaubend, wie leichtgläubig, naiv und in einem basalen Sinn schlicht unwissend die Protagonisten der so genannten Wissensgesellschaft sind, wenn es darum geht, den Zeitgeist und seine Moden nicht zu verpassen. Dass sich die einstigen Zentren des Wissens, die Universitäten zunehmend an Unternehmensberatungen wenden, um ihre Reformprozesse begleiten und strukturieren zu lassen, zeugt nicht nur von einer erbärmlichen Anpassung an die alles beherrschende Sprache des Coaching, Controlling und Monitoring, sondern auch von einer Blindheit gegenüber einer Ideologie, deren kritische Demontage einstens zu den Aufgaben gesellschaftswissenschaftlichen Wissens gehört hätte. Wer zusieht, wie Universitätsfunktionäre jede noch so dumme ökonomistische Phrase aus dem Repertoire der Heilslehren des New Management beflissen adorieren, muss sich über die einstige Willfähigkeit der Intelligenz gegenüber anderen ideologischen und totalitären Versuchungen nicht mehr wundern.“

(...)

„Die Situation ist widersprüchlich. Während auf der einen Seite die schon wieder unzeitgemäßen Reformpädagogen noch rasch versuchen, vom ‚Jahrhundert des Kindes‘ zu retten, was zu retten ist, arbeiten die modernen Bildungsreformer unter dem Stichwort ‚Praxisnähe‘

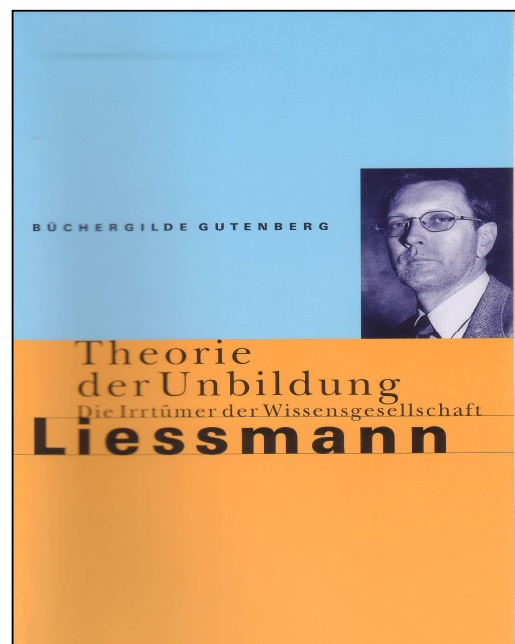
eifrig an der Wiedereingliederung der Halbwüchsigen in den Arbeitsprozess; während auf der einen Seite noch von sozialem Lernen, Motivation, gezielter Koedukation und fachspezifischer Geschlechtertrennung zur Unterstützung von Mädchen die Rede ist, propagieren die anderen flächendeckende, geschlechtsneutrale und beinhardt Leistungstests, um die Bildungsstandortfrage zu klären; während die einen noch immer von der Schule als Idylle des solidarischen Miteinander und der konfliktfreien Integration träumen, können die anderen gar nicht genug bekommen von Wettbewerb, Konkurrenz, Tests, internationalen Rankings, Evaluationen, Qualitätssicherungsmaßnahmen und effizienzorientierten Kursen; während die einen noch vom Fördern reden, fordern die anderen längst wieder das Fordern. Es liegt auf der Hand, dass alles nicht zu bekommen sein wird. Die Bildungsdebatten der Gegenwart sind gekennzeichnet von groß angelegten Selbstbetrugsmanövern.“

(...)

„Stätten der Bildung waren für Nietzsche der ‚Gegensatz‘ zu Anstalten der Lebensnot. Orte, die nicht von den Dürftigkeiten und Bedürftigkeiten des Lebens geprägt sind, Orte der Freiheit deshalb, weil diejenigen, die sich dort als Lehrende und Lernende befinden, frei sind vom Zwang zur Nützlichkeit, zur Praxisrelevanz, zur Lebensnähe, zur Aktualität – mit einem Wort: Es waren Orte der Muße. Damit hatte Nietzsche der Schule nur ihren ursprünglichen Wortsinn zurückgegeben. Schule lässt sich über das lateinische schola auf das griechische scholé zurückführen und meinte ursprünglich ein ‚Innehalten in der Arbeit‘. Die Weisheit der Sprache ist oft eine größere, als es sich unsere sprachvergesene Kultur träumen lässt: Eine Schule, die aufgehört hat, ein Ort der Muße, der Konzentration, der Kontemplation zu sein, hat aufgehört, eine Schule zu sein. Sie ist eine Stätte der Lebensnot geworden. Und in dieser dominieren dann die Projekte und Praktika, die Erfahrungen und Vernetzungen, die Exkursionen und Ausflüge. Zeit zum Denken gibt es nicht.“

(...)

In dieser Diktion geht es weiter. Ein Genuss und ein Muss für jeden Pädagogen und für jede Pädagogin, die sich an der Bildungsdiskussion beteiligen wollen und müssen.



Karl-Heinz Mrosek

